

Kuba oder David gegen Goliath



Es ist wenig bekannt, dass die USA schon immer auf Kuba schielten und es besitzen wollten.

Bereits Thomas Jefferson, einer der so genannten Gründerväter forderte 1820 den damaligen Kriegsminister Claiborne auf, „sich Kuba bei der ersten Gelegenheit anzueignen.“

Drei Jahre später verkündete dann Präsident Monroe seine berühmt-berüchtigten Doktrin, dessen Kern dieses anmaßende „Amerika den Amerikanern“ bildet. Damit waren und sind natürlich vorwiegend die (weißen) USA gemeint.

Das kubanische Volk führte Ende des 19. Jahrhundert 30 Jahre lang drei Kriege um seine Unabhängigkeit vom spanischen Kolonialreich. Als der Sieg fast errungen war schlug die Stunde der USA. Sie erklärte 1898 Spanien unter einem Vorwand den Krieg. Nach einer verlorenen Seeschlacht kapitulierte Spanien noch im selben Jahr. Doch schon 1899 zeigte man dann sein wahres Gesicht und besetzte die Insel. Man gestattete im Folgenden eine halbkoloniale Republik, in der die USA sich u.a. ein jederzeitiges Interventionsrecht vorbehielten. Wie US-Politiker damals über Kuba und seine Bewohner dachten, zeigt eine Rede des Senators von Nevada, Newland. Vor dem US-Kongress sagte er 1903: **„Es wäre wünschenswert, wenn Kuba für eine halbe Stunde im Meer versenkt werden könnte und erst wieder auftauchte, wenn sie alle umgekommen wären.“** Die Insel ging nicht unter und so verkündete am 1. Januar 1959 Fidel Castro Ruz in der olivgrünen Uniform des Guerilleros vom Balkon des Rathauses in Santiago de Cuba den **Sieg der Revolution.**

Eine Woche später marschierte Castro – nach einem Triumphzug durch die Ost- und Zentralprovinzen des Landes – an der Spitze der Rebellenarmee in Havanna ein.

Die Anhänger des gestürzten Diktators Batista, viele Großgrundbesitzer und Fabrikherren und auch die Mafia, setzten sich nach Miami ab, wo sie sich bis zum erwarteten baldigen Ende des vermeintlichen Spuks einrichteten.

Die Jahre gingen ins Land, und alle Versuche, durch Terror und Destabilisierung und sogar durch eine Invasion, den Systemwechsel zu erzwingen, scheiterten – trotz uneingeschränkter Unterstützung durch die USA. Der Comandante en Jefe Fidel Castro überlebte mehr als 600 Attentate und Attentatsversuche, die Revolution behauptet sich bis heute gegen die längste und umfangreichste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die je über ein Land verhängt wurde. Gegenwärtig befindet sich Kuba in einer äußerst schwierigen Situation. Das

Alltagsleben der Menschen findet unter Bedingungen ständiger Anspannung statt.

Die Energieversorgung muss unter Einschränkungen organisiert werden.

2



Die Lebensmittelversorgung ist durch fehlendes Benzin sehr erschwert. Das Transportwesen steht unter großem Druck. Gleiches gilt für den Zugang zu Medikamenten. Überhaupt kann die Grundversorgung der Menschen nur durch kollektive Opfer aufrechterhalten werden.

Für diese Realität gibt es eine konkrete, allen bekannte politische Ursache, nämlich die von den USA 1962 verhängte Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade. Sie bestimmt den Rahmen, in dem Kuba sein soziales Leben, seine Wirtschaft und sein politisches Projekt entwickelt. Die Blockade soll den politischen Willen eines Volkes brechen, das beschlossen hat, unabhängig von den USA, sein eigenes gesellschaftliches Projekt zu verfolgen.

Die Strategie dahinter stammt aus dem Jahre 1960. In den USA erkannte man, dass die Mehrheit des Volkes den revolutionären Prozess unterstützte und dass diese Unterstützung der wichtigste Faktor für die Stabilität des neuen politischen Projektes war. Ausgehend von dieser Diagnose wurde die Notwendigkeit formuliert, Mangel und wirtschaftliche Not zu erzeugen. Als deren Folge sollte sozialer Unfrieden entstehen. So hofften die USA, die Unterstützungsbasis der Revolution zu schwächen, zu zermürben.

Die Blockade ist ein langwieriger Wirtschaftskrieg, ein Krieg, der sich auch in finanziellen Restriktionen und Sanktionen gegen Unternehmen aus Drittländern, die mit Kuba kooperieren, äußert. Das Helms-Burton Gesetz von 1996 festigte diese Architektur der Aggression. Das Gesetz verwandelte die Blockade in ein globales System.

Mit der Aktivierung von Kapitel 3 dieses Gesetzes durch Donald Trump im Mai 2019 wurden Klagen gegen ausländische Investoren zu einem politischen Druckmittel. Die Botschaft an die Geschäftswelt war unmissverständlich: Eine Zusammenarbeit mit Kuba ist mit rechtlichen Risiken und Sanktionen verbunden. Diese Ausweitung US-Rechts auf ausländische Staaten,

Firmen und Personen ist ein ständiges Instrument der Einschüchterung.

Während der ersten Amtszeit Trumps wurden 243 neue Maßnahmen gegen Kuba beschlossen. Maßnahmen, die darauf abzielen, strategische Sektoren der kubanischen Wirtschaft zu treffen. Finanzierungskanäle zu schließen, Einkommen zu verringern und die materielle Not der Bevölkerung zu vergrößern. Der Tourismus wurde systematisch angegriffen, der Flugverkehr und Kreuzfahrten wurden eingeschränkt, Reiseveranstalter bestraft, ebenso Unternehmen, die in Hotels investiert hatten. Auch die Überweisungen von Angehörigen aus den USA an Familienmitglieder auf Kuba, die ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor sind, stießen auf neue Hindernisse, indem Überweisungen verteuert wurden. Internationale Banken wurden mit Sanktionen bedroht, wenn sie mit kubanischen Banken arbeiteten. Ausländische Unternehmen vermieden daher Transaktionen mit Kuba oder Transaktionen wurden auf Drittländerwährungen verlagert, was mit höheren Kosten und Komplikationen verbunden war.

3



Die Blockade ist ein langwieriger Wirtschaftskrieg, ein Krieg, der sich auch in finanziellen Restriktionen und Sanktionen gegen Unternehmen aus Drittländern, die mit Kuba kooperieren, äußert. Das Helms-Burton Gesetz von 1996 festigte diese Architektur der Aggression. Das Gesetz verwandelte die Blockade in ein globales System.

Mit der Aktivierung von Kapitel 3 dieses Gesetzes durch Donald Trump im Mai 2019 wurden Klagen gegen ausländische Investoren zu einem politischen Druckmittel. Die Botschaft an die Geschäftswelt war unmissverständlich: Eine Zusammenarbeit mit Kuba ist mit rechtlichen Risiken und Sanktionen verbunden. Diese Ausweitung US-Rechts auf ausländische Staaten, Firmen und Personen ist ein ständiges Instrument der Einschüchterung.

Während der ersten Amtszeit Trumps wurden 243 neue Maßnahmen gegen Kuba beschlossen. Maßnahmen, die darauf abzielen, strategische Sektoren der kubanischen Wirtschaft zu treffen. Finanzierungskanäle zu schließen, Einkommen zu verringern und die materielle Not der Bevölkerung zu vergrößern. Der Tourismus wurde systematisch angegriffen, der Flugverkehr und Kreuzfahrten wurden eingeschränkt, Reiseveranstalter bestraft, ebenso Unternehmen, die in Hotels

investiert hatten. Auch die Überweisungen von Angehörigen aus den USA an Familienmitglieder auf Kuba, die ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor sind, stießen auf neue Hindernisse, indem Überweisungen verteuert wurden. Internationale Banken wurden mit Sanktionen bedroht, wenn sie mit kubanischen Banken arbeiteten. Ausländische Unternehmen vermieden daher Transaktionen mit Kuba oder Transaktionen wurden auf Drittländerwährungen verlagert, was mit höheren Kosten und Komplikationen verbunden war.

4



Zum ersten Mal in der Finanzgeschichte Kubas hat die Zentralbank (BCC) einer Gruppe von Unternehmen im Land die Genehmigung erteilt, Kryptowährungen für internationale Zahlungen zu nutzen.

Im Januar 2021, nach der Niederlage bei den Wahlen und kurz vor der Übernahme der Präsidentschaft durch Joe Biden, ergriff Trump eine Maßnahme von enormer politischer Tragweite, nämlich die Wiederaufnahme Kubas in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen. Diese Entscheidung veränderte Kubas Bedingungen auf dem internationalen Finanzmarkt nochmals dramatisch. Dadurch wurden Investoren abgeschreckt, Versicherungskosten erhöht, Bankgeschäfte blockiert und Geschäfte lahmgelegt. 40 Finanzunternehmen weigerten sich in der Folge, mit kubanischen Institutionen zusammenarbeiten. Die Einstellung der Western Union-Dienste verhinderte den Zufluss von mehr als 837.000 US-Dollar an Überweisungen. Tausende Familien verloren so einen wichtigen Zugang zu wirtschaftlicher Unterstützung.

Schiffslinien sahen sich neuen Restriktionen gegenüber, für den Fall, dass sie in kubanischen Häfen anlegen würden. Man drohte ihnen mit sechsmonatiger Sperrung des Zugangs zu US-Häfen. Heftig waren auch die Folgen für den Tourismus. Die

Besucherzahlen gingen um fast zehn Prozent zurück. Ausländische Hotelketten kündigten ihre Verträge, internationale Reiseveranstalter reduzierten ihre Aktivitäten oder stellten sie ein. Die finanzielle Verfolgung erreichte sogar kubanische Unternehmen, deren Konten im Ausland gesperrt wurden.

Die Aggression gegen Venezuela hat die Situation in Kuba weiter verschärft. Die Verfolgung von Schiffen und Unternehmen beeinträchtigt die Öllieferungen. Der diplomatische Druck ist Teil einer regionalen Strategie.

Die Blockade trifft alle Wirtschaftsbereiche Kubas, besonders schlimm das Gesundheitswesen. Mehr als 69 Prozent der grundlegenden Medikamente sind davon betroffen. Die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung wird behindert, der Zugang zu Spezialtechnologien ist eingeschränkt. Über 94.000 Menschen warten auf Operationen. Fast 10.000 davon sind Kinder, darunter an die 4.000 Krebspatienten. Sie können aufgrund der Blockade keine Behandlung erhalten.

Die Ablehnung der Blockade stößt in der internationalen Gemeinschaft auf breite Zustimmung. In der UNO-Generalversammlung fordert die übergroße Mehrheit der Staaten regelmäßig die Aufhebung der US-Blockade. Die Berichterstatter des Menschenrechtsrates weisen auf die Auswirkungen der Blockade für gefährdete Gruppen hin. Auch das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte wies mehrfach auf die Auswirkungen bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Lage der kubanischen Bevölkerung hin. Bei Gipfeltreffen in Afrika, Lateinamerika, der Karibik und dem globalen Süden wurde die Blockade verurteilt. Die Forderung nach ihrem Ende ist ein fast universeller Konsens.

5



In einer Pressekonferenz Ende Februar erklärte der kubanische Präsident Diaz- Chancel: „Zu einem

Zeitpunkt wie diesem gibt es viele Menschen, Regierungen, Länder, Institutionen und Unternehmen, die bereit sind, mit Kuba zu arbeiten und sie haben uns bereits Wege, Mechanismen und Absichten zukommen lassen, wie dies zu bewerkstelligen ist.“ Wie zur Bestätigung seiner Worte kamen in letzter Zeit mehrere Tanker in Havanna an. Niemand weiß offiziell wie und woher.

Vor dem Hintergrund des jüngsten US-Ölembargos kommt es im Lande zu einer weiteren Beschleunigung der seit Jahren laufenden Energiewende. Im vergangenen Jahr konnten 49 Photovoltaik-Solarparks mit einer Gesamtkapazität von etwa 1.000 Megawatt installiert werden. Mit einer MW/Std. können bis zu 1000 Haushalte versorgt werden. Mit diesen und weiteren Anlagen versorgt sich Kuba mittlerweile tagsüber zu 38% mit Strom. Allerdings hat die Versorgung der Wirtschaft Vorrang, so dass es vor allem in Havanna immer wieder zu Stromausfällen in den Haushalten kommt.

Kuba bleibt kein anderer Weg, als dem, mit seinen heimischen Energiequellen, Rohöl, Schweröl, Gas und allen erneuerbaren Energien so schnell wie möglich energieautark zu werden. Auch die bereits existierenden thermoelektrischen Kraftwerke werden zur Energieerzeugung genutzt, da sie auch mit Schweröl laufen. mEs sollen weitere Investitionen in erneuerbare Energien folgen. Auch in die Speicherung so erzeugter Energie wird investiert.



*Spende von 5 000 Photovoltaikanlagen für abgelegene Gemeinden
Foto: Wennys Díaz Ballaga **Photo:** Granma*

In der bereits erwähnten Pressekonferenz berichtete Kubas Präsident, dass neben 5.000 Photovoltaik-Anlagen, die in abgelegenen Gebieten installiert wurden, weitere 5.000 Anlagen, eine Spende Chinas, für besonders wichtige Bereiche installiert

werden:

u.a.

- für wichtige Dienstleistungszentren für die Bevölkerung
- für 121 Haushalte mit kranken Kindern, die spezielle Geräte benötigen
- für 156 Altenheime und 305 Tagesbetreuungsheime
- für 556 Polikliniken

10.000 Photovoltaik-Anlagen werden an Privathaushalte verteilt, mit Vorrang für Beschäftigte des Bildungswesens und des Gesundheitswesens.

Neben der Rohölproduktion soll auch die Gasförderung gesteigert werden, sowohl für die Stromerzeugung als auch zum Kochen in den Haushalten. In Havanna wurden 2025 weitere 20.000 Wohnungen für den Gasverbrauch ausgerüstet. Auch die Raffination heimischen Rohöls wird vorangetrieben um Benzin, Heizöl und Diesel selber zu erzeugen. Ein Test dazu brachte Ende 2025 erfolversprechende Ergebnisse.

Des Weiteren sollen die Produktion und Nutzung von Biogas, Biomasse und Wasserkraft forciert werden.

Eine nicht zu unterschätzende Hilfe bietet die VR China. Von milliardenschweren Infrastrukturmaßnahmen bis zu Bargeldspenden für Schulen: Die Volksrepublik wurde in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Geldgeber Kubas.

6



Die Regierung der Volksrepublik China hat offiziell 5.000 Photovoltaikanlagen gespendet, um abgelegene Häuser in ländlichen Gebieten Kubas mit Strom zu versorgen

Während chinesische Banken wie die Export-Import Bank of China den Ausbau von Häfen,

Kraftwerken und Solarparks mit Krediten in Höhe von mehreren hundert Millionen US-Dollar ermöglichten, flossen parallel dazu viele kleinere Zuschüsse für medizinische Ausrüstung und den Bildungssektor. Besonders auffällig ist der Fokus auf den Energiesektor. Allein das 62-Megawatt-Kraftwerk in Ciego de Ávila kostete über 200 Millionen Dollar. Ein Solarmodulprojekt in der Provinz Holguín wurde mit weiteren 114 Millionen Dollar unterstützt.

Um Problemen mit dem US-dominierten internationalen Finanzsystem aus dem Wege zu gehen, bedient man sich kreativer neuer Wege für Finanzierungen. Während früher überwiegend chinesische Banken die Finanzierung stellten, kommen die Mittel nun zu 88 Prozent von staatlichen chinesischen Institutionen, Parteiorganen und der chinesischen Botschaft in Havanna. Als Washington Drohungen gegen alle aussprach, die Öl an Kuba liefern könnten, bekräftigte Beijing seine Unterstützung für Havanna: Zunächst wurden 60.000 Tonnen Reis geliefert. Die Kommunistische Partei Chinas kündigte eine Soforthilfe in Höhe von 80 Millionen US-Dollar an.

Chinas alternative Finanzstrukturen geben Havanna neue Spielräume und stellen für die kubanische Regierung eine mögliche Lösung dar. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist das ökonomische Engagement Chinas gegenüber Kuba kein irrelevanter Nebenschauplatz. Der Finanzsektor gilt schließlich als zentraler Hebel im globalen Wettbewerb um Vormachtstellung zwischen Beijing und Washington.

Kubas Präsident informierte in der genannten Pressekonferenz auch über den aktualisierten Verteidigungsbereitschaftsplan. Kubas Militärdoktrin beruhe auf dem Konzept des Krieges des ganzen Volkes, einem Konzept der Verteidigung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes. Der aktualisierte Plan umfasse daher die Vorbereitung des gesamten territorialen Verteidigungssystems auf allen Ebenen.

Aber auch politische Veränderungen wurden in Kuba beschlossen um sich den schwierigen Bedingungen besser anpassen zu können, u.a.:

- Modernisierung des Wirtschaftsmanagementsystems mit Förderung der Dezentralisierung sowie weniger planwirtschaftlicher Eingriffe
- Umstrukturierung des gesamten Staatsapparats
- Autonomie staatseigener Unternehmen, um eigene Bedarfe durch eigenes wirtschaftliches Handeln zu decken
- Autonomie für die Gemeinden, um Probleme vor Ort schneller angehen zu können
- Förderung ausländischer Direktinvestitionen, u.a. auch durch im Ausland lebender Kubaner, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kubas beitragen wollen. Auch nach 67 Jahren ist das alternative Gesellschaftsmodell Kubas immer noch ein Beleg dafür, dass eine andere Welt möglich ist. Es garantiert der Bevölkerung Bildung und soziale Sicherheit. Das Niveau

der Gesundheitsversorgung ist höher als in jedem anderen Land der Region.

Zwar haben viele, vor allem jüngere Menschen, dem Dauerdruck in den letzten Jahren nachgegeben und das Land verlassen, aber insgesamt bewahrt sich das kubanische Volk trotz dieser schrecklichen Lage ein solides politisches Bewusstsein.

Es herrscht Klarheit darüber, dass die verschärfte Blockade für die aktuellen Schwierigkeiten verantwortlich ist.

7



Kuba hat eine internationalistische Praxis entwickelt, die mit seinen Prinzipien übereinstimmt.

Selbst während der Pandemie hat Kuba mit medizinischen Brigaden in Europa und anderen Ländern Unterstützung geleistet. Sein Gesundheitspersonal ist in Palästina aktiv gewesen, in der Sahara und in vielen anderen Entwicklungsländern, natürlich auch in vielen Ländern Lateinamerikas. Obwohl Kuba unter der Blockade leidet, gibt es selbst ein Beispiel der internationalen Solidarität.



Sie kämpfen gegen ein Monster, deshalb haben jede Menge an Kisten mit Nahrungsmitteln, Medizin, Hygieneartikel und über 70 Solarpaneele mitgebracht. Foto: Juvenal Balán 25.03.26

Jetzt braucht Kuba mehr denn je unsere Solidarität. Die Kubanerinnen und Kubaner sind findig, und sie haben sich schon aus so manchem Schlamassel befreit. Aber in diesen Tagen ist es für

Kuba wirklich schwer, sich der geballten Macht des US- Imperialismus entgegenzustellen. Wir müssen alles tun, was im Bereich unserer Möglichkeiten steht, denn sonst werden wir tatsächlich den Niedergang der kubanischen Revolution erleben müssen. Stellen wir uns an die Seite unserer Schwestern und Brüder auf Kuba! In diesem Sinne: **Patria o muerte!**



Regimewechsel in Kuba: Die USA werden ihn nicht erreichen können

Hardy, DKP Bremen
Bremen im März 2026